

# realistisch und radikal

Das Debattenheft  
der Sozialistischen Linken



Nr. 3 - 1. Quartal 2014

# DIE LINKE und Europa

Mit Beiträgen von

Fabio de Masi, Özlem Alev Demirel,  
Klaus Dräger, Jules El-Khatib, Ulrike Herrmann,  
Daniel Kerekeš, Costas Lapavitsas, Steffen Lehndorff,  
Susanne Kramer-Drużycka, Jasper Prigge, Alban Werner, Sabine Wils

# Inhalt

## realistisch und radikal

Das Debattenheft  
der Sozialistischen Linken

### Kritik der real existierenden EU-Politik

- 06 Interview: Es geht um Demokratie und Sozialstaat
- 08 Konkrete Solidarität mit Beschäftigten in Europa
- 10 Wirtschaftsregierung des Finanzkapitals
- 12 Widerstand gegen Jugendarbeitslosigkeit

**Fabio de Masi**  
**Sabine Wils (MdEP)**

**Klaus Dräger**

**J. El-Khatib, D. Kerekeš, J. Prigge**

### Wie weiter mit Europa? Linke Debatte

- 14 Interview: Gewerkschaften, Linke und die Eurokrise
- 18 Kämpfen wir für einen anderen Euro!
- 20 Der Euro und die Linke
- 22 Interview: Zu den Ursachen der Eurokrise

**Steffen Lehndorff**  
**Paul Boccara u.a.**  
**Costas Lapavitsas**  
**Ulrike Herrmann**

### Kämpfe um politische und soziale Rechte in der EU

- 26 EU aus migrationspolitischer Sicht
- 28 Die Klassenkämpfe in Polen
- 32 Nein zum EU-USA-Freihandelsabkommen!

**Özlem Alev Demirel**  
**Susanne Kramer-Drużycka**  
**Alban Werner**

### Sonstiges

03 Vorwort

04 Informationen zur Sozialistischen Linken, Unterstützungserklärung, Spendenaufruf

34 Autorinnen und Autoren



### Impressum

#### realistisch und radikal - das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Redaktion: Juliane Pfeiffer, Felix Syrovatka, Alban Werner

V.i.S.d.P.: Alban Werner, c/o DIE LINKE - Sozialistische Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Fotos: Ilona Herrmann | R-Mediabase (S.11,15,16), Hans-Dieter Hey | R-Mediabase (S.19, 24);

S.Schuh C.Martischus | R-Mediabase (S.23); Susanne Kramer-Drużycka (S. 29-31), SL, privat

Druck: Laserline, Berlin

# „SYRIZA als Vorbild: Konsequent an den politischen Alternativen arbeiten“

Über politische Strategien von Parteien und Gewerkschaften in der Eurokrise sprachen wir mit dem Gewerkschafts- und Arbeitsmarktforscher **Steffen Lehndorff**



**r+r: Wie wird die Eurokrise in den Mitgliedsländern diskutiert? Was erwartet man? Ein weiteres „sich Durchwurschteln“ durch die Krise, einen Kollaps, ein Kerneuropa oder eine „vervollständigte“ Fiskalunion?**

Steffen Lehndorff: Ich denke, dass auf EU-Ebene gegenwärtig ein „Durchlavieren“ stattfindet, allerdings auf der Basis eines knallharten neoliberalen Programms, also der Schwächung des Sozialstaats und der Deregulierung von Arbeits- und Produktmärkten. Auf den nationalen Ebenen gibt es zum einen die klare Dominanz des neoliberalen Kurses in den „Programmländern“, die unter Kuratel der Troika stehen, sowie in Spanien, aber auch (gewissermaßen aus freien Stücken) in Großbritannien. In den anderen Ländern ist der Einfluss eher mittelbar und macht sich durch die „Europa 2020“-Strategie, das sogenannte Europäische Semester und den Fiskalpakt, bemerkbar. Aber vor allem die Krisenländer ähneln sich im Grundmuster.

**Welches Muster meinst Du?**

Die herrschenden Eliten dort sind selbst politisch zu schwach für einen knallharten neoliberalen Kurs und nutzen die Troika, um eine Politik zu machen, die sie alleine nie durchsetzen könnten. Allerdings werden sie dadurch selbst zum Instrument der Troika, was ihnen bei Protestdemonstrationen deutlich gemacht wird. Sie sind sozusagen „Treiber und Getriebene“. Man muss

sich diese nationalen Eliten genau anschauen. In Spanien z.B. regiert jetzt die Volkspartei (Partido Popular, PP), deren Wurzeln teilweise noch in die Franco-Zeit zurückreichen. Die PP setzt ein in jeder Hinsicht reaktionäres Programm durch, für das sie unter „normalen“ Umständen niemals eine Mehrheit gefunden hätte. Dasselbe Grundmuster findet sich in Griechenland und Portugal. Es gibt sicherlich große Unterschiede in der jeweiligen Rolle von Sozialdemokratie und radikaleren Linken zum Beispiel zwischen Spanien und Griechenland, aber das Verhalten der Eliten ist sehr ähnlich. Was den Umbruch der Strukturen angeht, ist Spanien sogar bemerkenswerter als Griechenland, weil dort jahrzehntelang etablierte soziale Kompromissstrukturen aufgebrochen werden - mit unabsehbaren sozialen Folgen.

**Gibt es denn auch Widersprüche im „bürgerlichen Lager“ der Krisenländer? In Deutschland erleben wir mit dem Rausflug der FDP aus dem Bundestag und der AfD-Gründung gerade eine „Neusortierung“ bürgerlicher Parteien.**

Es gibt durchaus auch Gegensätze. In Portugal etwa treten sie auf zwischen dem Präsidenten Silva und dem Ministerpräsidenten Coelho, die beide der konservativen PSD (Partido Social Democrata) angehören, weil der Präsident stärker auf die Wahrung des sozialen Friedens bedacht ist. In Spanien treten Spannungen im Hinblick auf die Autonomiebestrebungen der Regionen

auf, vor allem bei der katalanischen Bourgeoisie. Angela Merkel sagte bei einem der letzten Weltwirtschaftsgipfel in Davos, dass für „Strukturreformen“ Druck gebraucht werde. Was das bedeutet, können wir heute in den Krisenländern sehen. Durch seine Konstruktion wirkt der Euro für jedes Mitgliedsland wie eine Fremdwährung und die Staaten konkurrieren miteinander, als ob es Unternehmen wären. Politischer Druck wird so durch vermeintliche Marktzwänge untermauert. Aber hier können Widersprüche auftreten, denn Akteure wie die spanische PP möchten sich nicht auf Dauer durch die EU-Kommission oder die deutsche Bundesregierung „hineinregieren“ lassen.

### **Wie siehst Du die politische Linke aufgestellt? Kann sie allgemein davon profitieren?**

Die kapitalismuskritische Linke in Europa ist bislang mit Ausnahme Griechenlands nicht stärker geworden, daher können die Risse im bürgerlichen Lager in diesen Ländern wahrscheinlich erfolgreich gekittet werden. In Griechenland finden die Abspaltungen eher bei den Koalitionspartnern der konservativen ND (Nea Dimokratia) statt, also der Partei von Ministerpräsident Samaras. Vor allem die sozialdemokratische PASOK ist inzwischen in der Wählergunst fast marginalisiert. SYRIZA ist die einzige linke Partei in Europa, die es geschafft hat, in den Umfragen und Wahlergebnissen an die Mainstream-Parteien heranzukommen. Der Zuspruch zu SYRIZA ist sicherlich nicht allein Zustimmung zu ihrem linken Programm, sondern auch Ausdruck von Protest, Verzweiflung und nackter Not angesichts der dramatisch verschlechterten Zustände in Griechenland. Sicherlich wird in einer solchen Situation selbst das beste linke Programm nur unvollständig zur Kenntnis genommen. Das ist natürlich auch problematisch, denn Verzweiflung kann sehr schnell in Resignation umschlagen, und das wäre das Aus für die politische Linke in Griechenland. Das lässt sich anhand des abgeschalteten früheren staatlichen Rundfunksenders ERT (Elliniki Radiofonia Tileorasi) beobachten. Zuerst gab es einen heftigen Widerstand mit Besetzung gegen die Schließung mit

einem Notprogramm. Doch nach der Räumung durch die Polizei am 7. November blieb es offenbar erstaunlich ruhig.

### **Einen vergleichbaren kometenhaften Aufstieg hat sonst nur die „Fünf Sterne“-Bewegung von Beppe Grillo in Italien hingelegt. Manche spekulieren schon, ob sie sich im Europäischen Parlament der Linksfraktion GUE/NGL anschließen. Wie schätzt Du sie ein?**

Ich denke, dass die Eurokrise auch eine Rolle bei ihrem schnellen Aufstieg gespielt haben mag. Aber in erster Linie ist diese Bewegung ein Ausdruck der tiefen Krise des politischen System Italiens. Die Ära Berlusconi (2001-2006, 2008-2011) war gleichbedeutend mit einer erheblichen Entpolitisierung und einer beschleunigten Zerrüttung des politischen Systems. Beppe Grillo besetzt mit seiner „Anti-Politik“ eine Lücke, die auch die politische Linke hinterlassen hat. Es hat so viele Spaltungen, Verrenkungen und Eitelkeiten gegeben von den Gruppen, die aus der Erbmasse der kommunistischen Partei (PCI, Partito Comunista Italiano) entstanden sind. Zwischenzeitlich hat die Fünf Sterne-Bewegung auch wieder Niederlagen eingefahren. Geschadet hat ihnen wahrscheinlich auch ihr widersprüchliches Auftreten. Sie geben sich einerseits „netzdemokratisch“, tatsächlich werden sie aber autoritär von Beppe Grillo kontrolliert. Zudem sind die „Fünf Sterne“ weit entfernt davon, politische Alternativen zu formulieren. Sie sind zwar Ausdruck von Protest, aber wenn sie es dabei belassen, wird sie das nicht weit bringen, ähnlich wie die PIRATEN in Deutschland.

### **Kann man überhaupt von einem gemeinschaftlichen Auftreten, von einer „Strategie“ der kapitalismuskritischen Linken in Europa sprechen?**

Bei den wichtigen linken Parteien gibt es durchaus starke Gemeinsamkeiten, vor allem in der Bewertung der Krisenpolitik. Spannender wird es hinsichtlich der Alter-





nativen: Geht die Gemeinsamkeit über Verlautbarungen hinaus? Das in Arbeit befindliche Regierungsprogramm von SYRIZA tut das meines Wissens tatsächlich und versucht ernsthaft Voraussetzungen für einen neuen, sozialen und ökologischen Entwicklungspfad für Griechenland zu formulieren. Das betone ich, weil es auch für uns relevant ist. Denn: Im „Marshallplan für Europa“-Vorschlag des DGB wird richtigerweise sinngemäß gesagt: „Wir können nicht FÜR EUCH (d.h., die Politik in den jeweiligen Mitgliedstaaten) Pläne für Investitionsprogramme für Eure Länder ausarbeiten. Das könnt Ihr nur selbst“.

Soweit ich weiß, hat bislang nur der italienische Gewerkschaftsbund CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro) diese Frage (implizit) mit ihrem wirtschaftspolitischen Entwurf für „Arbeit in Italien“, der sich auch mit solch großen Problemen wie Korruption und Ineffizienz des Staatsapparats auseinandersetzt, beantwortet. Zudem hat das Forschungsinstitut der griechischen Gewerkschaften die Perspektivlosigkeit des griechischen Wachstumsmodells der Vorkrisenzeit schon kritisiert, als dieses noch von der EU-Kommission bejubelt wurde, und arbeitet heute z.B. an regionalen Entwicklungskonzepten.

Von den Parteien allerdings ist mir nur SYRIZA bekannt, die sich mit dieser Ernsthaftigkeit auf die Gestaltungsfrage einlässt. Ich finde, es ist immer noch ein Defizit linker Parteien, dass sie nicht konsequent genug alternative wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklungspfade (um das Wort „Wachstumsmodelle“ zu vermeiden) ausarbeiten und diskutieren. Meine spanischen Kollegen zum Beispiel kritisieren in ihrem Beitrag zu meinem Buch dieses Manko mit Blick auf ihr Land ausdrücklich. Nur wenn es konsequente Arbeit an alternativen Entwicklungspfaden in den Krisenländern (und darüber hinaus) gibt, hat eine linke Reformstrategie auf EU-Ebene eine Chance. Man wüsste ja gar nicht, wohin die mit Hilfe von Eurobonds, Investitionsfonds u.ä. mobilisierten Mittel sinnvollerweise gehen sollten. Auf dieses Problem sollten Linke mehr Hirnschmalz verwenden, finde ich. Zum Beispiel gehen wichtige Anregungen in diese Richtung von der europäischen Stiftung transform!europe aus, die der Linken auf EU-Ebene nahesteht. Aber ich bin mir nicht sicher, wie intensiv diese Überlegungen in den Parteien der europäischen Linken wahrgenommen werden.

### **Aber waren nicht die Linken und kritische WirtschaftswissenschaftlerInnen immer wieder in solchen Fragen Vorreiter?**

Nach meinem vielleicht oberflächlichen Eindruck ist die Kritik an der herrschenden Politik in den meisten Ländern deutlich stärker entwickelt als die Erarbeitung von Alternativen, selbst dort, wo – wie in Frankreich – fortschrittliche Ökonomen eine weitaus größere Rolle in der Öffentlichkeit spielen als insbesondere in Deutschland. Ich fände es gut, wenn in der europäischen Linken an einer Kultur gearbeitet würde, die es ermöglicht, länderübergreifend solche Schwächen offen anzusprechen, damit sie schneller überwunden werden können. Denn die wechselseitige Abhängigkeit von Gewerkschaften und Linken hat durch den Euro und die Dynamik der Krise enorm zugenommen.

### **Du hast die Gewerkschaften als wichtige Akteurinnen angesprochen. Viele Linke beklagen, dass es kein abgestimmtes Vorgehen europäischer Gewerkschaften in der Lohnpolitik gegeben hat.**

Die Diskussion um Koordinationsschwierigkeiten unter europäischen Gewerkschaften ist sicherlich berechtigt, sie hat aber auch etwas künstliches. Der größte „Ausreißer“ bei der Lohnentwicklung war eindeutig Deutschland. Allerdings nicht, weil die Gewerkschaften das gewollt hätten. Ursächlich war vielmehr, dass das traditionellen „Geleitzug“-Prinzip bei Tarifverhandlungen wegen der Blockade der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen durch die deutschen Arbeitgeberverbände ausgehebelt wurde. Zugleich haben die Steuersenkungen die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst schwer belastet. Vor allem aber haben die sog. Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 diese Effekte verschärft, so dass die Effektivlöhne weit hinter den Tariflöhnen zurückgeblieben sind. Solange es in Deutschland diesen riesigen Niedriglohnsektor gibt, kann nicht mehr ohne weiteres vorausgesetzt werden, dass Tarifloohnerhöhungen tatsächlich zu höheren Effektivlöhnen führen.

In Osteuropa ist die Situation noch viel schwieriger, dort haben die Gewerkschaften nur sehr geringen Einfluss. Sie leiden an einer geringen Tarifbindung und einem niedrigen Organisationsgrad. In Ungarn findet derzeit ein Frontalangriff der Regierung auf die Gewerkschaften statt, in Rumänien geschieht Ähnliches schon länger. Diese Konstellationen sind noch immer Spätfolgen der Ablösung des Staatssozialismus nach 1989 und der neoliberalen „Schockstrategien“, die darauf folgten. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung in Polen mit dem gemeinsamen Protest beider Gewerkschaftsverbände im September 2013 bemerkenswert und ermutigend.

Für mich zeigen diese sehr unterschiedlichen Entwicklungen, dass eine Fokussierung auf europäische Tarifpolitik-Koordinierung zu eng ist. Genauso wichtig ist die Auseinandersetzung um elementare institutionelle Rahmenbedingungen für aktive Tarifpolitik in den einzelnen Ländern und die Durchsetzung eines europäischen Mindestlohns – natürlich nicht in gleicher Höhe für alle Länder, sondern nach einer gemeinsamen Formel. Ich halte es für wichtig, dass solche Fragen in der deutschen Linken ernster genommen werden. Denn Deutschland ist jetzt definitiv eine vorherrschende Kraft in Europa, aber die Herrschenden in Deutschland werden der damit verbundenen Verantwortung überhaupt nicht gerecht. Für Linke ist der Blick über den Tellerrand deshalb unverzichtbar.

### **Wir danken für das Gespräch.**

**Hinweis:** Im April 2014 erscheint im VSA-Verlag der Sammelband „Europa vor einem verlorenen Jahrzehnt?“ von Steffen Lehndorff mit zehn Länderstudien zu den Auswirkungen der Eurokrise.